

N i e d e r s c h r i f t

der 19. Sitzung des Hauptausschusses am 22.03.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:10 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	Frau Thieme
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Franz Stänner	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Egbert Geier	BG

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 19. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin **Ingrid Häußler**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat, von der Tagesordnung **abzusetzen**, da gleiche Voten in den Ausschüssen:

*4.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2006
Vorlage: IV/2005/05515*

*4.2 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 neues theater schauspiel halle
Vorlage: IV/2005/04833*

*4.3 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003/2004 neues theater schauspiel halle
Vorlage: IV/2005/04909*

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat, den TOP 3.2 aus dem nichtöffentlichen im öffentlichen Teil zu behandeln.

*3.2 Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II
Vorlage: IV/2006/05611*

Der Tagesordnungspunkt wurde ebenfalls von der Tagesordnung **abgesetzt**, da gleiche Voten in den Ausschüssen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler wies darauf hin, in der kommenden Stadtratssitzung zu beachten, diesen TOP dann ebenfalls im öffentlichen Teil zu behandeln.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:

einstimmig z u g e s t i m m t

Es wurde folgende **Tagesordnung** festgestellt.

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2006**
4. **Vorlagen**
 - 4.1. *Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2006*
Vorlage: IV/2005/05515
a b g e s e t z t
gleiche Voten in den Ausschüssen
 - 4.2. *Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 neues theater schauspiel halle*
Vorlage: IV/2005/04833
a b g e s e t z t
gleiche Voten in den Ausschüssen
 - 4.3. *Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2003/2004 neues theater schauspiel halle*
Vorlage: IV/2005/04909
a b g e s e t z t
gleiche Voten in den Ausschüssen
 - 4.4. *Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II*
Vorlage: IV/2006/05611
a b g e s e t z t
gleiche Voten in den Ausschüssen
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Anregungen**
8. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2006

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 18. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 15.2.2006.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 18. öffentlichen Sitzung am 15.2.2006 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Vorlagen

Es gab keine Vorlagen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, legte schriftlich Anfragen von Händlern des Obermarktes vor und bat den Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, Herrn Doege, um Beantwortung bis zur nächsten Stadtratsitzung. Die Fragen beinhalten u. a. die Nutzung des Obermarktes durch die Händler während Sonderveranstaltungen, das Fehlen von Veranstaltungskonzepten und fehlende Ansprechpartner.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, dass Frau Wolff die Fragen selbst beantworten könne, da der Markt nicht fertig sei.

Frau Wolff warf ein, dass z. B. der Ostermarkt auch auf dem Hallmarkt durchgeführt werden könne.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, warf ein dass z. B. der Ostermarkt durch die City-Gemeinschaft veranstaltet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beauftragte Herrn Doege, die Beantwortung bis zur nächsten Stadtratssitzung vorzunehmen und vorab die Fraktionsvorsitzenden zu informieren.

Frau Wolff fragte nach dem Ausgang des Abschlusses der Tarifverträge Oper und weiterhin sprach sie die nicht fristgerechte Beantwortung der Anfrage zum Thema Rahmenvereinbarung ARGE an. **Sie wies darauf hin, dass diese nicht in der Frist der Stadtverwaltung beantwortet worden.** Auch dem zuständigen Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss lag die Beantwortung der Anfrage nicht vor. **Sie fragte, wie sie mit solchen Dingen umgehen solle. Wir als Fraktion fühlen uns in unserem Recht beschnitten.** In dem Ausschuss hätte man sich mit der Beantwortung über bestimmte Dinge ein Bild machen können. Inhaltlich könne über diese Anfrage nicht mehr diskutiert werden und keine Stellung genommen werden. Im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wurde gesagt, dass diese Antwort im Stadtrat fristgemäß

nachgereicht werde. Auf der Tagesordnung des Stadtrates stehe diese aber nicht, so dass die Anfrage noch offen sei. Im Finanzausschuss wurden sie dann doch beantwortet. Inhaltlich könne dazu nichts mehr gesagt werden. Ihre Fraktion fühle sich im Recht des Informations- und Sachaustausches beschnitten.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass mit der umfangreichen Anfrage gleichzeitig ein Antrag kam, sich mit der Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaft entsprechend der Rahmenvereinbarung, von allen Fraktionen unterschrieben, sich auseinander zu setzen und dem Stadtrat einen Vorschlag zu machen. Im Stadtrat wurde darauf hin zu der Anfrage vermerkt, dass vor dem Hintergrund des engen Zusammenhanges mit dem fraktionsübergreifenden Antrag und dieser Anfrage, diese im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Vorlage beantwortet werde. Von den Stadträten wurde dies angenommen. Die Vorlage wurde erarbeitet und die Anfragen beantwortet. In der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wurden die Fragen mündlich erörtert und keine sei offen geblieben. Die Vorlage ist entsprechend abgestimmt worden. Im gestrigen Finanzausschuss wurden die restlichen Fragen schriftlich beantwortet. Wenn sich noch Rückfragen auf der Grundlage der Anfragen von Frau Wolff ergeben sollten, könnten diese jederzeit im Stadtrat gestellt werden. Sie sehe keinen Fehler der Verwaltung bei der Beantwortung.

Frau Wolff entgegnete, dass es nicht ganz so sei *und sie habe nicht umsonst am Montag noch einmal im Fachbereich angerufen. Da gab es eine totale Verunsicherung darüber, dass es überhaupt eine Anfrage gibt, die zu beantworten ist.* Sie habe eindeutig im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss darauf aufmerksam gemacht, dass diese Anfragen nicht automatisch mit der Erarbeitung der Rahmenvereinbarung beantwortet worden ist. Sie wolle auch nicht, dass gesagt werde, dass ihre Fraktion gegen diese so genannte Führerschaft sei. Es ginge um das Recht, diese Anfragen sachlich und inhaltlich in dem Ausschuss zu diskutieren. *Es gibt da Sachen, die gar nicht oder teilweise beantwortet wurden. Sie könne diese so überreichen. Sie finde es schade, dass zu diesen Fragen inhaltlich kaum geantwortet wurde bzw. mit dem Hinweis, die kommen dann schon fristgerecht in den Stadtrat, die werden dann nachgereicht.*

Das war die Antwort der Stadtverwaltung im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Ihre Fraktion fühle sich im Recht des Informations- und Sachaustausches beschnitten. Ihr gehe es um die Geschäftsordnung und wir werden uns nicht noch einmal auf so einen Handel einlassen, sondern werden die Fristen demnächst jedes Mal so abfragen. Sie werde die Fristen zukünftig abfragen.

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bestätigte die Aussage von **Frau Wolff**, dass eine ausgedruckte Antwort auf die Anfrage von der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE nicht vorlag. Der Vertreter des GB V habe gesagt, dass im Rahmen der Rahmenvereinbarung diese Fragen diskutiert werden sollten. Es wurde implizit mit der Vorlage diskutiert, aber nicht explizit.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass diese Angelegenheit in der Stadtverwaltung ausdiskutiert werde und bestätigte, dass es besser sei, schriftlich zu antworten.

Frau Wolff entgegnete, dass sie noch Rückfragen habe und wie sie damit umgehen solle.

Frau Bürgermeisterin Szabados bat, ihr die Fragen zu geben, damit sie schriftlich vor dem nächsten Stadtrat beantwortet werden können. Wenn dann immer noch Fragen offen seien, könne **Frau Wolff** diese im Stadtrat stellen.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, fragte nach dem Stand der Konzeption Stadtmuseum. Desweiteren fragte sie zum Mitwirkungsrecht von sachkundigen Einwohnern, hier speziell im Kulturausschuss.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler fragte, ob dies rechtlich nicht klar sei, was **Frau Weiß** bestätigte. Die Beantwortung wurde an **Herrn Willecke** herangetragen.

Die Beantwortung wurde in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

Zur Konzeption Stadtmuseum antwortete **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**, dass noch nichts vorliege, stehe aber auf der Tagesordnung der 3. Beigeordnetenkonferenz im April, so dass es im Mai in den Kulturausschuss behandelt werden könne.

Frau Weiß fragte, ob der Gestaltungsbeirat bei der Aufstellung der Skulpturen „Frau Roth“, beteiligt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass dies keine Initiative sei, die von der Verwaltung ausgehe und fragte den Beigeordneten für Planen, Bauen und Straßenverkehr, **Herrn Dr. Pohlack**, ob er davon Kenntnis habe.

Herrn Dr. Pohlack verneinte dies.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass sie dies aufgreifen und klären werde, da diese Bronze-Skulpturen sicherlich dauerhaft aufgestellt werden sollen.

Frau Weiß kritisierte die Organisation zur Veranstaltung zur 1200-Jahr-Feier der Stadt Halle.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, dass es sehr schwierig sei, bei der Organisation allen gerecht zu werden. Sie betonte die gute organisatorische und sehr schwierige Vorbereitung durch das Protokoll. Sie bot **Frau Weiß** an, an der Vorbereitung einer solchen Veranstaltung mitzuwirken bzw. im Bereich Protokoll sich die Vorbereitungen darstellen zu lassen. Vorschläge für eine bessere Vorbereitung werden gern von ihr angenommen.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte nach den Tarifabschlüssen Opernhaus.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Diskussion bisher gut verlaufen sei.

Am 27.3.2006 gibt es einen neuen Termin. Bis dahin sollen Vereinbarungen für den Teil Musiker vorbereitet werden.

Frau Dr. Bergner, bezog sich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung und fragte nach dem Ausgang einer Bürgerbefragung zur Nutzung der Glaucha-Schule bzw. einer städtischen Nutzung des Gebäudes. Die Schule wurde frei geräumt, weil finanzielle Mittel nicht vorhanden wären. Wenn aber die Stadt Gelder habe, sollte dieses Gebäude als Schule genutzt werden.

Herrn Dr. Pohlack, Beigeordneten für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass die Umfrage gerade erst angelaufen sei.

Frau Dr. Bergner sagte, dass in der Innenstadt dringend Grundschulen gebraucht werden, was das Schulverwaltungsamt auch bestätigen könne. Wenn eine städtische Nutzung überlegt werde, wären doch Gelder vorhanden.

Herrn Dr. Pohlack entgegnete, er wisse nicht, wie der Zeitungsartikel zustande gekommen sei. Im Rahmen der Umfrage würden die Bürger lediglich gebeten, Ideen zu formulieren, was man mit diesem baulichen Objekt machen könnte. Nach seinem Kenntnisstand sei das Objekt nicht mehr in der Schuldiskussion, weil der Sanierungsaufwand unbezahlbar sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat Herrn **Dr. Pohlack** um entsprechende Klärung.

Frau Dr. Bergner sagte, dass ihre Fraktion vom GB V eine Aufforderung erhalten habe, bei der Privat-Public-Partnership-Auswahl mitzuwirken. In ihrer Fraktion wurde diskutiert, nicht mehr gerne mitzuarbeiten. Die Stadt solle sich einigen, wie man die Auswahlkommissionen bei welchen Gelegenheiten nutze und mit welchen Geschäftsordnungsgrundlagen, um die Zielrichtung greifbar zu machen. Bisher verlief dies sehr kontraproduktiv und man wurde in die Verantwortung genommen, welche eigentlich z. B. der Beigeordnete hätte.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler machte deutlich, dass es viele Themen gäbe, wo es gut wäre, die Fraktionen frühzeitiger zu informieren. Es habe nicht den Charakter, dass dort abgestimmt werde, sondern ein Eindruck der Richtung solle verschafft werden. Über die Gestaltung müsste dann noch einmal abgestimmt werden. Das Anliegen sei positiv.

Frau Dr. Bergner fügte hinzu, dass es für den Händelfestspielpreis eine Kommission gäbe, die eine richtige Geschäftsordnungsgrundlage habe.

Frau Bürgermeisterin Szabados erwiderte, dass es nichts damit zu tun habe, die Fraktionen mit einzubeziehen, sondern nur die Vorsitzenden der Ausschüsse. Diese sollten in den PPP-Projekten ihre Kompetenz bei der Auswahl mit einbringen und beratend mitwirken sowie Bindeglied zwischen Stadtrat und Ausschüssen zur Vorbehandlung der Vorlagen sein.

Frau Dr. Bergner bezog sich auf das Schreiben vom GB V und fragte, warum der Jugendhilfeausschuss mit den Kindertagesstätten nicht beteiligt sei.

Frau Bürgermeisterin Szabados erwiderte, dass man sie als Vorsitzende des Bildungsausschusses dazu genommen habe, da der Teilnehmerkreis nicht zu groß sein sollte und es mehr in Richtung Bildungsausschuss gelaufen sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei, unterstützte das Anliegen und sagte, dass man die Befugnisse noch klären müsse.

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei, fragte nach der Ausschreibung und Besetzung der Stelle der Ressortleitung im Grünflächenamt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Ausschreibung auf dem Weg sei zur Veröffentlichung.

Frau Wolff, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach der Stellenbesetzung im FB 20, Finanzservice.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat darum, auf die Aussage von Herrn Geier, Beigeordneter Zentraler Service zu warten, da sie darüber keine Auskunft geben könne. Die Ausschreibung sei gelaufen und Bewerbungen liegen vor.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, fragte nach Informationen zum Standort Ammendorf.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass bisher nur über die Grundsätze diskutiert wurde. Bis Ende April ist ein Konzept für eine Beratung in Halle vorzulegen, welches auch der Aufsichtsrat von Bombardier akzeptiere.

Herr Bartl, Fraktion der CDU, fragte nach dem Stand Torgauer Urnen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass dies nach dem Hauptausschuss behandelt werde.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 7 Anregungen

Wortprotokoll:

Anregungen gab es nicht.

zu 8 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Mitteilungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beendete die 19. öffentliche Sitzung.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin